

10.10.2025

Janek Kuberzig, Manager Public Affairs | Data & Technology, +49 173 8999119, kuberzig@bvdw.org

Stellungnahme zur nationalen Durchführung der KI-Verordnung (KI-VO)

Allgemeine Bemerkungen

Die rasante Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) stellt nicht nur eine technologische Revolution dar, sondern auch eine regulatorische Herausforderung. Die europäische KI-Verordnung (EU AI Act) bildet dabei einen zentralen Rahmen, der die Balance zwischen Innovationsförderung und dem Schutz von Grundrechten, Sicherheit und Umwelt sicherstellen soll. Der nationale Entwurf des Gesetzes zur Durchführung der KI-Verordnung zielt darauf ab, diese Anforderungen auf deutscher Ebene konkret umzusetzen.

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für KI in Deutschland zu schaffen. Gleichzeitig möchten wir auf wesentliche Stärken und Schwächen des Entwurfs hinweisen, um sicherzustellen, dass Deutschland als KI-Standort wettbewerbsfähig bleibt und Unternehmen die notwendige Sicherheit und Unterstützung erhalten. Während die Einführung eines einheitlichen Rechtsrahmens und die Förderung von Innovationen positiv hervorstechen, gibt es weiterhin erhebliche Herausforderungen, etwa bei der Ressourcennutzung, Zuständigkeitsaufteilung und der Umsetzung von Innovationsfördermaßnahmen.

Im Folgenden legen wir die zentralen Vor- und Nachteile des Entwurfs zur nationalen Durchführung der KI Verordnung dar, unterstreichen mögliche Risiken und geben Empfehlungen, wie die Balance zwischen einer innovationsfreundlichen und zugleich sicheren KI-Regulierung verbessert werden kann.

Stärken und Potenziale des Entwurfs

Der Entwurf bietet einige zentrale Ansätze, die sowohl rechtliche als auch wirtschaftliche Vorteile bringen:

- **Einheitlicher nationaler Rechtsrahmen:** Der Entwurf ermöglicht die klare und einheitliche Auslegung und Anwendung des einen europäischen Rechtsrahmens, um KI-Systemen in Deutschland zu entwickeln und zu nutzen. Dies schafft Planungssicherheit und unterstützt Unternehmen dabei, sich in einem europäischen und globalen Markt zu positionieren.
- **Koordinierte Marktüberwachung:** Die geplante zentrale Anlaufstelle bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) und die dortige Schaffung des Koordinierungs- und Kompetenzzentrums (KoKIVO) kann die Aufsicht von KI-Systemen grundsätzlich transparent und effizient gestalten.
- **Nutzung bestehender Expertise:** Die Nutzung von Marktaufsichtsbehörden in vollharmonisierten Bereichen der Produktregulierung und bestehender Aufsichtsstrukturen im Finanzdienstleistungsbereich ermöglicht es Unternehmen und Verbraucher*innen weiterhin mit diesen bereits bekannten Behörden zusammenzuarbeiten und von deren bestehender Expertise und Strukturen zu profitieren.
- **Förderung von Innovationen:** Durch KI-Reallabore und spezifische Fördermaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Start-ups wird versucht, die Innovationskraft Deutschlands zu stärken und technologische Fortschritte zu ermöglichen.

Herausforderungen und Risiken

Trotz dieser positiven Ansätze gibt es mehrere kritische Punkte, die aus Sicht des BVDW dringender Nachbesserung bedürfen:

- **Zersplitterung der Zuständigkeiten:** Die geplante kleinteilige Aufteilung der Marktüberwachung auf verschiedene Behörden kann zu potenziellen Abgrenzungsproblemen und ineffizienten Entscheidungsprozessen führen. Insbesondere Datenschutzbehörden könnten Schwierigkeiten haben, ihre Expertise auf den Bereich der Produktregulierung auszuweiten.
- **Ressourcenmangel und Ineffizienz:** Die parallele Kompetenzbildung und der Kompetenzausbaubei mehreren Behörden erfordert erhebliche Ressourcen. Dies könnte Doppelstrukturen schaffen und den bestehenden Mangel an qualifizierten KI-Fachkräften weiter verschärfen. Die vorgesehene Aufstockung der BNetzA auf 129 Planstellen bis 2027 bleibt angesichts des bestehenden Fachkräftemangels ein schwer zu erreichendes Ziel und könnte gleichzeitig für die komplexen Aufgaben unzureichend sein.
- **Bürokratische Belastung:** Obwohl der Entwurf eine bürokratiearme Umsetzung anstrebt, besteht das Risiko, dass Unternehmen, insbesondere KMU, durch unklare Zuständigkeiten, zusätzliche Meldepflichten und regulatorische Anforderungen überlastet werden.
- **Unklare Zugangsbedingungen zu Reallaboren:** Die Ausgestaltung der KI-Reallabore bleibt vage, insbesondere im Hinblick auf Zugangsrechte für kleinere Akteure. Dies könnte die angestrebte Innovationsförderung behindern.

Empfehlungen für Verbesserungen

Um die Herausforderungen zu bewältigen und die Potenziale des Entwurfs auszuschöpfen, schlägt der BVDW folgende Maßnahmen vor:

- **Klare Zuständigkeits- und Aufgabenteilung:** Um eine effiziente und einheitliche Aufsichtsstruktur zu ermöglichen bedarf es in der vorgesehenen Struktur eine enge Verzahnung zwischen den unterschiedlichen Behörden und eine Richtlinienkompetenz für die BNetzA als koordinierende Behörde. Die KoKIVO sollte daher bindende Beschlüsse fassen können.
- **Zuständigkeit der Landesmedienanstalten:** Zusätzlich zu den bereits durch die KI-Verordnung vorgesehenen und zusätzlich durch das Bundesministerium benannten Marktüberwachungsbehörden sollten die nach dem Medienstaatsvertrag und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zuständigen Landesmedienanstalten auch die Aufgaben als zuständige Marktüberwachungsbehörden für die KI-Verordnung übernehmen. Dies trägt zur Konsistenz des Ansatzes bei, da auch hier auf vorhandene Branchenexpertise zurückgegriffen wird.
- **Optimierung der Strukturen:** Anstatt Behörden mit ähnlichen Kompetenzen auszustatten, sollten klare Abgrenzungen und Fachkenntnisse entwickelt und ausgebaut werden. Dafür sind ein scharfes Aufgabenprofil und eine gute Vernetzung der Behörden untereinander notwendig.
- **Förderung von Fachkräften:** Es ist essenziell, umfassende Maßnahmen zur Gewinnung und Ausbildung von KI-Fachkräften zu ergreifen, um den wachsenden Bedarf zu decken.

Der BVDW unterstützt die Bundesregierung bei dem Ziel, Deutschland als Innovationsstandort für KI zu stärken, und steht für weitere Gespräche und Zusammenarbeit zur Verfügung. Eine erfolgreiche Umsetzung der KI-Verordnung kann nur durch einen ausgewogenen Ansatz gelingen, der Innovationen fördert und gleichzeitig die Sicherheit und Grundrechte der Gesellschaft schützt.

Stellungnahme



Über den BVDW

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. ist die Interessenvertretung für in Deutschland ansässige Unternehmen, die digitale Geschäftsmodelle betreiben oder deren Wertschöpfung auf dem Einsatz digitaler Technologien beruht. Die Grundlage dafür ist die intelligente Verbindung von Daten und Kreativität bei gleichzeitig maßgeblicher Orientierung an ethischen Prinzipien. Mit seinen über 600 Mitgliedsunternehmen – von großen und kleinen Digitalunternehmen über Agenturen bis hin zu Publishern – vertritt der Verband die Belange der digitalen Wirtschaft gegenüber Politik und Gesellschaft. Sein Netzwerk von Expertinnen und Experten liefert mit Zahlen, Daten und Fakten Orientierung zu einem zentralen Zukunftsfeld.